

## Frankfurter Angelegenheiten.

### Kriegerheimstätten.

In einer im Oberhzeum abgehaltenen Versammlung des Rhein-Mainischen Ausschusses für Kriegerheimstätten teilte der Vorsitzende Direktor Maier mit, man habe sich an den Berliner Hauptauschuß angeschlossen, werde aber in der praktischen Betätigung, insbesondere in der Gestaltung eines Reichskriegerheimstättengesetzes, seine eigenen Wege gehen. Geplant sei die Errichtung einer Besiedelungsgesellschaft in Anlehnung an die hier bestehenden gemeinnützigen Baugesellschaften, sowie Schaffung einer Geschäftsstelle, die Auskunft über das Wohnungsweisen vermitteln soll. Dann sprach Professor Dr. Hans Köppe (Marburg) über „Die soziale und kulturelle Bedeutung der Kriegerheimstätten“. Der Redner bezeichnete es als Dankeschuld des deutschen Volkes, den heimkehrenden Krieger eine Stätte zu bereiten, wo sie auf freier Scholle vor der Sorge und Belastung, der Wohnung, befreit, neue Kraft und neuen Lebensmut wieder schöpfen könnten. Mit dieser infolge der Besiedelung wesentlich gesteigerten Produktivität des Bodens wäre die Möglichkeit gegeben, Deutschland mehr und mehr unabhängig zu machen und auch in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht würde die als Wohn- und Wirtschaftsheimstätten gedachten Besitzte ausgleichend wirken. Mit der so gepflegten inneren Kolonisation könne man vor allem eine stärkere Besiedelung des Ostens durchführen. Die bestehenden Institute sollten ausgebaut und weitere Summen von Staat und Reich bereitgestellt werden. Es handle sich bei den Kriegerheimstätten letzten Endes darum, den neuen Aufbau unseres wirtschaftlichen Lebens zu fördern und zu stärken.

In der Aussprache verlangte Herr Thomas Garantien dafür, daß derjenige Krieger, der eine solche Heimstätte übernehme, nicht dauernd an diesen Besitz gebunden sei. Bürgermeister Dr. Luppe vermißte praktische Vorschläge. Bei einem Volk von 70 Millionen würde die Besiedelung von 3 bis 400 000 Menschen nicht in's Gewicht fallen. Es sei nicht zweckmäßig, nach dem Kriege nur noch von Krieger und Nichtkrieger zu trennen, weil schließlich auch die Daheimgebliebenen, Munitionsarbeiter, staatliche oder städtische Beamte doch genau so ihrer Pflicht und Schuldigkeit getan hätten wie die auf einem Bezirkskommando beschäftigt Gewesenen. Ob die starke Wohnungsnachfrage nach dem Kriege tatsächlich eintreten werde, sei fraglich. Die hier ansässig gewesenen Krieger fänden wieder eine Wohnung. Die Angaben über die hohe Zahl der Kriegstraunungen seien übertrieben. Man habe dafür gesorgt, daß die gemeinnützige Bautätigkeit während des Krieges aufrechterhalten werde und nach dem Kriege in verstärktem Maße einsetzen werde. Sollten wider Erwarten nach dem Kriege größere Arbeitermassen nach den Städten strömen, so werde man sich mit der Einrichtung von größeren Wohnungen für zwei Familien helfen. In dieser Hinsicht liegen bereits Anträge von Hausbesitzern vor. Wolle man das Heimstättenwesen fördern, so sei das eine Sache für sich, aber für besondere Kriegerheimstätten bestehe kein Bedürfnis.

Direktor Wehlar vom Sozialen Museum berichtete über die Schwierigkeiten bei Besetzung von Rentengütern und verlangte Vorforge in der Wohnungsvermittlung für heimkehrende Krieger. Nach einer kurzen Erwiderung von Prof. Köppe, hob der Vorsitzende im Schlußwort hervor, daß die gegebenen Anregungen vom Ausschuß bei seiner praktischen Arbeit berücksichtigt würden.